

Sollten sich revolutionäre Sozialist:innen in der Partei Die Linke engagieren?

von Sozialismus von unten (SVU)

Die Linke hat nach Jahren der Krise ihre Mitgliederzahl im Jahr 2025 verdoppelt und mit 8,8 Prozent der Zweitstimmen 64 Parlamentssitze im Bundestag erreicht. Große Teile der neu dazugekommenen Parteimitglieder sind jung, antifaschistisch und palästinasolidarisch. Deswegen hoffen einige auf eine Linksverschiebung der Partei und argumentieren dafür.

Die Gründung der Partei Die Linke war für viele mit der Hoffnung verbunden, links von SPD und Grünen einen politischen Pol zu schaffen, der die antikapitalistische Opposition im Parlament mit außerparlamentarischen Kämpfen verbindet. In einer Phase globaler Mobilisierungen – gegen den Irakkrieg, gegen die Agenda 2010, gegen Hartz4 und gegen den Sozialabbau – schien es möglich, eine pluralistische Partei aufzubauen, in der auch der Aufbau eines revolutionären Kerns möglich sein könnte.

Preis des Mitregierens

Regierungsbeteiligungen in Berlin, Thüringen und anderswo haben die Partei stattdessen in eine Logik der Verwaltung des Bestehenden hineingezogen. Statt den Kapitalismus grundsätzlich infrage zu stellen, versuchen Linke in der Regierung kleine Veränderungen zu erreichen und machen zugleich Zugeständnisse an den Koalitionspartner.

Der Kampf um Wählerstimmen wird zur obersten Maxime – selbst dann, wenn dafür zentrale Prinzipien verwässert werden: “In Berlin stehen wir davor, eine erste Bürgermeisterin zu stellen – ein historischer Moment! Und in weiteren Bundesländern werden wir wieder Verantwortung übernehmen: Unsere Stärke macht es möglich, dass wir nicht nur Parlamentssitze gewinnen, sondern aktiv gestalten,” so hat es der Bundesvorstand verkündet.¹ In der Praxis bedeutet dies, dass eine offensive Positionierung in wichtigen Fragen vermieden wird – wie beispielsweise der Genozid in Gaza oder der Krieg gegen Iran und Libanon.

Diese Parteiausrichtung verdeutlicht, dass die Orientierung auf parlamentarische Reform-Arbeit und Regierungsfähigkeit die strategische Debatte weiter dominiert. Die Folge ist eine Partei, die in Zeiten verschärfter imperialistischer Konkurrenz, Militarisierung und sozialer Polarisierung nicht als klar erkennbare antikapitalistische Kraft auftritt. Während weltweit Kriege eskalieren und autoritärer Staatsumbau sowie faschistische Kräfte erstarken, bleibt eine offensive sozialistische Alternative unscharf.

Verpuffen von Potenzial

Gerade in der Frage von Krieg und Imperialismus zeigt sich die strategische Krise besonders deutlich. Angesichts des Genozids in Gaza wäre es die Aufgabe einer linken Partei gewesen, von Anfang an ohne Wenn und Aber gegen Waffenlieferungen, gegen die Unterstützung der israelischen Kriegsführung durch Bundesregierung und EU sowie gegen jede Form der Repression

¹ (“Vier Säulen für Gerechtigkeit – So kämpft Die Linke 2026”, Beschluss von Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden der Partei).

palästinasolidarischer Stimmen aufzutreten und zu mobilisieren. Stattdessen dominieren taktische Erwägungen, widersprüchliche Stellungnahmen und Rücksichtnahmen auf mediale Kampagnen, die zur Bekämpfung aktiver antiimperialistischer Mitglieder durch den Parteiapparat führen.

Ähnlich verhält es sich mit dem interimperialistischen Stellvertreterkrieg um die Ukraine. Unter neuen Mitgliedern – die oft berechtigte Empörung über den Genozid in Gaza verspüren – bestehen gleichzeitig politische Unklarheiten über das imperialistische Weltsystem, den Charakter des Ukraine-Krieges, über NATO, EU und deutsche Großmachtinteressen. Diese Unklarheiten wären politisch klärbar – doch die Partei geht einer offenen strategischen Debatte aus dem Weg. Es wäre die Aufgabe der Linken, den Charakter der imperialistischen Kriege unserer Zeit klar zu benennen und den Kampf gegen Krieg und insbesondere die deutsche Kriegsbeteiligung über Waffenlieferungen, Truppenentsendungen, die Gewährung von Überflugsrechten und politische Unterstützung von Krieg und Genozid in das Zentrum der Kritik zu stellen. Stattdessen verharrt die Linke in Appellen an Diplomatie und die Einhaltung des Völkerrechtes. Anders als in der Gründungsphase spielt sie – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – keine Rolle mehr in der Mobilisierung einer Antikriegsbewegung.

Die Formierung eines linken Parteiflügels, selbst mit den Widersprüchen, wie sie in der Vergangenheit bestanden, wird durch die Zwänge des Partei- und Fraktionsapparates eingehengt. So werden immer wieder Personen diszipliniert, die umstrittene linke Positionen nach außen vertreten und das Potenzial neuer Genoss:innen verpufft weitgehend in Antragschlachten um programmatische Positionen.

Bürokratisierung statt sozialistische Perspektive

Der Parteiapparat – auf Bundes- wie Landesebene – setzt weiterhin auf Regierungsoptionen, Koalitionsfähigkeit und „staatspolitische Verantwortung.“ Sie tritt auf der kommunalen Ebene als Kümmererpartei auf, die sich um die sozialen Belange ihres Wählerklientels kümmert, zumeist verbunden mit einer parlamentarischen und keiner kämpferischen Orientierung. Zugleich werden antiimperialistische, bewegungsorientierte und revolutionäre Ansätze marginalisiert, ausgeschlossen oder absorbiert.

Die Mitarbeit von Revolutionär:innen in der Linken stärkt nicht den dringend notwendigen Aufbau einer revolutionären Organisation, sondern weckt nur Illusionen in die Reformierbarkeit der Linken.

Soziale Frage ohne Systemfrage?

Auch aktuelle Wahlkämpfe verdeutlichen das strategische Dilemma: Die soziale Frage wird betont – steigende Mieten, Inflation und Armut. Doch Krieg, Rassismus, Genozid und imperialistische Konkurrenz werden aus taktischen Gründen abgeschwächt oder vermieden, weil sie „polarisieren“.

Doch genau diese Polarisierung ist notwendig. Die soziale Frage ist untrennbar mit der Systemfrage verbunden. Standortkonkurrenz und Aufrüstung sowie Sozialabbau sind zwei Seiten derselben kapitalistischen Medaille. Wer das eine kritisiert, ohne das andere anzugreifen, bleibt im Rahmen des Bestehenden.

Die Leerstelle einer klaren antikapitalistischen Opposition trägt dazu bei, dass rechte Kräfte sozialen Unmut kanalisieren. Wo Die Linke keine sichtbare Systemalternative formuliert, profitieren andere wie die faschistische AfD.

Warum wir auf Sozialismus von unten setzen

Für uns bedeutet Sozialismus von unten den Aufbau einer kämpferischen, internationalistischen sowie von der Partei Die Linke unabhängigen und dadurch handlungsfähigen Organisation, die in Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Hochschulen verankert ist. Es bedeutet, Selbstorganisation und -emanzipation zu stärken, Streiks zu unterstützen, Solidaritätsstrukturen aufzubauen und Bewegungen nicht als Anhängsel parlamentarischer Strategien zu betrachten.

Wir teilen die Kritik von Rosa Luxemburg an einem Reformismus, der den gesetzlichen Weg an die Stelle der revolutionären Umwälzung setzt. Reformen können erkämpft werden – aber sie können von den Herrschenden zurückgedreht werden und ersetzen nicht die Notwendigkeit, Eigentums- und Machtverhältnisse grundsätzlich zu brechen.

Der zähe innerparteiliche Kampf gegen verfestigte reformistische Strukturen absorbiert enorme Kräfte. Diese Kräfte fehlen im Aufbau realer Gegenmacht. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass unsere Energie außerhalb der Partei wirksamer eingesetzt ist.

Solidarität trotz strategischer Differenzen

Unsere Entscheidung im September 2024, uns nicht (weiter) in der Partei Die Linke zu engagieren, ist in den jahrelangen Erfahrungen entstanden.

Klarheit über die geeignete sozialistische Strategie ist unabdingbar. Eine Partei, deren Apparat jede grundlegende Veränderung blockiert, deren Regierungsorientierung selbst linke Hochburgen nach rechts verschiebt und deren Mitgliederzuwachs keine Linksverschiebung in Programm und Praxis hervorbringt, ist für uns kein geeigneter Ort für den Aufbau einer revolutionären Perspektive.

Unsere Eigenständigkeit als revolutionäre Organisation richtet sich nicht gegen die vielen aufrichtigen Genoss:innen, die innerhalb der Partei revolutionäre sozialistische Ziele verfolgen. Viele von uns haben über Jahre oder Jahrzehnte in und mit der Partei gearbeitet – in Wahlkämpfen, in sozialen Bewegungen, in der Mieter:innenorganisation, in der Palästina-Solidarität, in Gewerkschaften und Bündnissen gegen Rechts. Wir suchen weiterhin die Zusammenarbeit in konkreten Kämpfen, z.B. in der Anti-Kriegs-Bewegung, der Palästina-Solidarität oder im Kampf gegen die AfD.

April 2026

Die [Politischen Leitsätze](#) von Sozialismus von unten